

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten

Projekt Institut für Internationale Entwicklung /

Zentrum für überfachliche Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,

Margit Franz, Irmi Hanak,

Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,

Andreas Novy, Herwig Palme,

Christof Pamreiter, Kunibert Raffler,

Andreas Schedler, Walter Schicho,

Anselm Skuhra, Sandra Zech

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Eisenhans (Leipzig),

Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),

Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),

Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),

Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),

Dieter Rothermund (Heidelberg),

Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),

Oswaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse: **http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep**

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

Österreichische

Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft 1/2001; XVI. Jg.

Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-

Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-

Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:

Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Abonnementsbezug nur für Österreich:

Südwind-Buchwelt Buchhandelsges. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien

Redaktionsadresse:

Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien

E-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2001

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,

D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVII. Jg., Heft 1, 2001

Austrian Journal of Development Studies

Überbevölkerung UnterEntwicklung Diskurse um Bevölkerungspolitik

Schwerpunktreдактеurin: Elisabeth Aufhauser

Editorial	5
Artikel	
Elisabeth Aufhauser Diskursfeld Bevölkerungspolitik Zwischen „Menschenökonomie“ und „Menschenrechten“	7
Aurelia Weikert Zu viel oder zu wenig? Alte Ideen vom „besseren“ Menschen und neue Reproduktionstechnologien	29
Elisabeth Aufhauser und Rosa Diketmüller Überbevölkerung Macht Armut – schafft Bevölkerungspolitik Wohlstand? Was Familienplanung angeblich für die Armutsbekämpfung leistet	47
Ingrid Schwarz Bevölkerungspolitik, reproduktive Rechte und Empowerment von Frauen Durch globale Perspektiven zu lokalen Veränderungen	69
Heide Mertens Natürliche Umwelten und menschliche Bevölkerungen Zum menschlichen Naturverhältnis in der Bevölkerungsdiskussion	87
Rezension	103
Über Autoren und Autorinnen	105
Informationen für Autoren und Autorinnen	106

zwischen alten und neuen Formen von Geburtenkontrolle und Reproduktionstechnologien dar.

Elisabeth Aufhauser und *Rosa Diketmüller* gehen davon aus, dass „Überbevölkerung“ als Hauptursache von Verarmung in den Ländern des Südens immer wieder diskursiv hergestellt wird. Vor diesem Hintergrund zeigen sie, mit welchen Geldmitteln, mit welchen Strategien und mit welchen Argumenten es der neo-Malthusianischen Bevölkerungslobby gelingt, in unseren Köpfen immer wieder zu verankern, dass der Armut weltweit am besten mit Familienplanung zu begegnen ist.

Ingrid Schwarz fasst in ihrem Artikel die feministischen Diskussionen um Bevölkerungspolitik zusammen. Ist es tatsächlich möglich, Bevölkerungspolitik frauengerichter zu machen, indem diese stärker auf reproduktive Gesundheit ausgerichtet wird? Oder ist Bevölkerungspolitik grundsätzlich nicht mit Fraueninteressen und weiblicher Selbstbestimmung vereinbar? Reproduktive Rechte und Arbeitsrechte von Frauen hängen eng zusammen. Im Artikel wird auch gezeigt, wie internationale Kampagnen genutzt werden können, um auf lokaler Ebene bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen durchzusetzen.

Heide Mertens thematisiert in ihrem Artikel schließlich das menschliche Naturverhältnis in der Bevölkerungsdiskussion. Für die Darstellungen des Zusammenhanges zwischen sogenannter Überbevölkerung und Tragfähigkeit der Erde sind im ökologischen Diskurs Argumentationsmuster typisch, die von sozialen und politischen Zusammenhängen im menschlichen Zusammenleben abstrahieren und einfache biologische Erklärungsansätze für das Verhältnis von Umwelt und Bevölkerung verwenden. Sowohl die natürliche Umwelt als auch die „Natur der Frauen“ werden im Zuge moderner Bevölkerungspolitik dabei instrumentalisiert. Am Beispiel ostafrikanischer Länder zeigt die Autorin demgegenüber die politischen und sozialen Bedingungen auf, die zu Landverknappung, Umweltzerstörung, Nahrungsmittelknappheit und dem Verlust „traditionellen“ Verhütungswissens führen.

Elisabeth Aufhauser

Journal für Entwicklungspolitik XVII/1, 2001, S. 7–28

Elisabeth Aufhauser Diskursfeld Bevölkerungspolitik

Zwischen „Menschenökonomie“ und „Menschenrechten“

1. Einleitung

Die jungen Menschen aus den Ländern des Nordens werden im Zeitalter der Globalisierung gerne wieder als die wichtigste *Ressource* eines Landes bezeichnet, als jenes Humankapital, auf dem eine dynamische Wirtschaftsentwicklung aufbauen kann. Die vielen jungen Menschen, die die Länder des Südens „bevölkern“, werden primär einmal für eine Vielzahl an sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen *Problemen* verantwortlich gemacht: für die Armut und deren Persistenz, für die Verschlechterung der Ernährungssituation und bei der Wasserversorgung, für Bodenknappheit, ökologische Katastrophen, Flüchtlingsströme, chaotische und unkontrollierbare Verstärkerprozesse, für Mütter- und Kindersterblichkeit, für eine wieder wachsende Ungleichheit in der Einkommensverteilung weltweit, für politische Unterdrückung, Kriege u.v.m. Bevölkerungspolitik in Form von „Familienplanung“, sprich die Senkung der Kinderzahlen in den Ländern des Südens, scheint unabdingbar, um die Probleme der Menschheit zu lösen.

Der Einleitungsartikel dient sowohl der Einführung in das Thema des Heftes zur internationalen Bevölkerungspolitik als auch der Zusammenschau. Im ersten Teil des Beitrages wird kurz dargestellt, was es heißt, Bevölkerungspolitik aus einer diskursanalytischen Perspektive zu betrachten, und wie das „Diskursfeld Bevölkerungspolitik“ grob strukturiert ist. Anschließend werden jene vier Diskursstränge umrissen, nämlich der eugenische, der entwicklungspolitische, der feministische und der ökologische Diskursstrang, auf deren historische Ausformungen in den anderen Artikeln im Detail eingegangen wird. Im letzten Teil des Beitrages wird schließlich gezeigt, auf welche Weise sich die Fäden der verschiedenen Diskursstränge im historischen Verlauf zu jenem Mainstream verweben, der die Entwicklung der bevölkerungspolitischen Aktivitäten im Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts prägte.

2. Im Zentrum des Diskurses: die Fertilität der Frauen und wie diese beeinflusst werden kann, damit die demographische Struktur „passt“

In Anlehnung an den französischen Historiker und Philosophen Michel Foucault können Diskurse als „inhaltlich-thematisch abgrenzbare, strukturierte und insti-

tionalisierte Formen der Bedeutungsproduktion“ (Keller 1998) definiert wer-tionale Diskurse und ihre „Formation“ (Foucault 1973) aus soziologischer Perspektive zu untersuchen heißt, folgende Fragen zu stellen: Was sind die spezifischen Formen der Bedeutungsproduktion und die inhaltlichen Themen, die einen Diskurs kennzeichnen und ihn von anderen Diskursen abgrenzen? Wie, wann und unter welchen Bedingungen kommt es zur Institutionalisierung dieser spezifischen Formen der Bedeutungsproduktion? Welche Gegenstände und Begriffe werden über die institutionellen Formen der Sinnggebung produziert, die den Diskurs kennzeichnen? Wo und unter welchen Bedingungen tauchen bestimmte Gegenstände und Begriffe erstmals auf und wann, wo, unter welchen Bedingungen wird ihre Sinnggebung verändert? Welche Instanzen nehmen am Diskurs teil, welche tragen ihn, welche werden langfristig institutionalisiert? Wer spricht an welchen institutionellen Plätzen von welcher Position aus? In welcher zeitlichen Anordnung, Reihenfolge werden bestimmte Aussagen getätigt? Wie ist das Feld der Aussagen organisiert, in dem Begriffe in einer bestimmten Form auftauchen und zirkulieren? Wie werden Aussagen neugeschrieben, übertra-gen, übersetzt, einander angenähert, voneinander abgegrenzt und systematisiert? Wie erfolgreich sind bestimmte Diskurse, sprich welche Außenwirkung haben sie? Welche materiellen Praktiken sind mit den historischen Transforma-tionsprozessen in bestimmten Diskursen verbunden? In welchem Verhältnis stehen bestimmte Diskurse und ihre charakteristischen Formationen zu anderen zeitgenössischen Diskursen?

Diskurse erzeugen bestimmte Arrangements von Deutungsmustern und die institutionalisierten Ordnungen des Sprechens, die Arenen, in denen Ausein-dersetzungen um die Arrangements von Deutungsmustern stattfinden, können als Diskursfelder bezeichnet werden (Schwab-Trapp 1999). Zentrale Fragestel-lung in vorliegendem Artikel ist es, wie es zur gesellschaftlichen Institutionalisie-rung des „Diskursfeldes Bevölkerungspolitik“ kam und wie innerhalb dieses Diskursfeldes Themen konstituiert, definiert und verändert werden. In einem ersten Schritt wird das Diskursfeld in seiner historischen Eingrenzung kurz umrissen und dargestellt, welche institutionalisierten Strukturen die Arena prä-gen, in der die diskursiven Auseinandersetzungen um Bevölkerungspolitik im Verlauf des 20. Jahrhunderts stattfinden.

2.1 Historische Eingrenzung des Diskursfeldes „Bevölkerungspolitik“

Bevölkerungspolitik bezieht sich per Definition auf „Bevölkerungen“, sprich die Einwohner eines Staates, einer Region oder einer Gemeinde, auf die zahlen-mäßige Zusammensetzung dieser Bevölkerungen – primär nach Alter, Ge-schlecht und ethnischer Herkunft – und auf das Wachstum bzw. den Rückgang der verschiedenen Bevölkerungen und Bevölkerungsgruppen aufgrund von Geburten, Sterbefällen, Ein- und Auswanderungen. In der typischen formalen Sprache der Bevölkerungswissenschaft wird dann von Bevölkerungspolitik ge-

sprochen, wenn versucht wird, über staatliche Interventionen gezielt die Gebur-ten-, Heirats-, Scheidungs-, Wanderungs- und Sterblichkeitsraten zu beeinflus-sen. Bevölkerungspolitik bezieht sich aus diesem demographischen Verständ-nis heraus explizit *nicht* auf Menschen und explizit *nicht* auf all das, was *für* die Menschen mit „demographischen Ereignissen“ wie Kinder kriegen, Tod, Heirat, Scheidung oder Umzug unter Umständen verbunden ist, sondern auf die Ge-staltung des „Bevölkerungskörpers“ (Wichterich 1994: 10).

Bevölkerungspolitik in Form politischer Maßnahmen, von denen man sich einen Einfluss auf die Geburten-, Heirats-, Scheidungs-, Sterbe- und Wande-rungsraten verspricht, gibt es schon lange. So gehören etwa Volkszählungen, Abtreibungsverbot aber auch Kindergeld bereits zum bevölkerungspolitischen Repertoire des Römischen Reiches. Die große Stunde der Bevölkerungspolitik kommt jedoch mit der Aufklärung und deren Bestreben, das soziale Zusammen-leben zu rationalisieren. Erst die Erfindung der Statistik im letzten Jahrhundert macht aus der Bevölkerung eines Staates einen „Volkskörper“, dessen Quantität steuerbar ist und für dessen Qualität die Gesellschaft Gütekriterien entwickeln kann. Bevölkerungsstatistiken und Bevölkerungsstatistiker prägen bis heute den Diskurs um Bevölkerungspolitik und sind zentral in der und für die Entwicklung und Gestaltung von bevölkerungspolitischen Programmen.

In der entwicklungspolitischen Realität in der zweiten Hälfte des 20. Jahr-hunderts ist das, worum sich Bevölkerungspolitik tatsächlich dreht, jedoch weiter eingeschränkt, als die „übliche“ Definition der Bevölkerungswissenschaft ver-muten lässt.

Die bevölkerungspolitischen staatlichen Interventionen konzentrieren sich im Verlauf der Geschichte immer stärker auf die *Steuerung der weiblichen Fertilität* (vgl. Aufhauser/Diketmüller: i.d.H.). Während die Frauen in den Ländern des Nordens über bevölkerungspolitische Maßnahmen (wie z.B. Kindergeld) dazu angehalten werden sollen, wieder mehr Kinder zu bekommen, geht es in den Ländern des Südens primär darum, Frauen vom Kinderkriegen möglichst abzu-halten. Aus ethischen Gründen dient Gesundheitspolitik offiziell immer der Senkung der Sterberaten und konterkariert damit zumindest kurzfristig das Ziel der Bevölkerungspolitik in den Ländern des Südens. Laut Theorie des demo-graphischen Übergangs schlägt sich zwar auch ein Sinken der Sterblichkeit langfristig in reduzierten Geburtenzahlen nieder¹, von vielen Demographen wird der direkten Beeinflussung der weiblichen Fertilität dennoch Vorrang einge-räumt. Migration, jahrhundertlang eine der wichtigsten Strategien im Umgang mit „Bevölkerungsdruck“ – etwa im demographischen Übergang der meisten europäischen Länder –, wird zumindest zwischen den Ländern des Südens und des Nordens zunehmend unterbunden.

Die Weltbank vergibt Kredite an die Länder des Südens ab den 80er Jahren im Allgemeinen nur dann, wenn bevölkerungspolitische Aktivitäten nachgewie-sen werden. Dazu muss eine Regierung (1) offiziell bevölkerungspolitische Ziele verlautbaren, (2) explizit Maßnahmen setzen, um diese Ziele zu erreichen und (3) auf Regierungsebene eine Institution zur Überwachung der Aktivitäten schaf-

fen (Mertens 1998: 160). Der Druck der internationalen Finanzorganisationen ist seit diesem Zeitpunkt einer der wichtigsten Impulsgeber für die Etablierung dessen, was heute als „institutionalisierte Bevölkerungspolitik“ in den Ländern des Südens bezeichnet werden kann.

Die bevölkerungspolitischen Interventionen in den Ländern des Südens konzentrieren sich darauf, *Familienplanung mittels moderner Kontrazeptiva* in breiten Teilen der Bevölkerung durchzusetzen, um die Kinderzahlen (pro Frau) zu verringern. Schaffung und Ausweitung eines regional und sozial leicht zugänglichen Angebotes an möglichst kostengünstigen, möglichst langfristig wirkenden und möglichst einfach zu handhabenden modernen Kontrazeptiva, massive Werbung bzw. Propaganda für die Kleinfamilie, finanzielle Anreize, die die „richtige“ Familiengröße belohnen, Sanktionen für die Geburt von Kindern, die nicht mehr innerhalb der vorgegebenen „Plangröße“ liegen, immer wieder aber auch Zwangsmaßnahmen, werden eingesetzt, um das Ziel „Befriedigung des ungedeckten Bedarfs an Familienplanung“ (DSW 2001a) zu erreichen.

Der Wandel in der Maßnahmengestaltung der Bevölkerungspolitik, der im Verlauf der Nachkriegszeit zu beobachten ist, wird dabei sehr stark von den Interessen der Arzneimittelindustrie und von ökonomischen Effizienzüberlegungen gesteuert. Langfristig wirkende Verhütungsmittel, deren Wirksamkeit die Frauen möglichst wenig beeinflussen können (*Langzeitkontrazeptiva*), werden in der institutionalisierten Bevölkerungspolitik daher bevorzugt. Die am weitest verbreiteten Methoden der Empfängnisverhütung in den Ländern des Südens sind Sterilisation und Spirale. Neuerdings bestimmen auch zunehmend hormonelle Langzeitkontrazeptiva wie Dreimonatsspritzen und implantierbare Hormondepots mit mehrjähriger Wirkung die Verhütung der Frauen im Süden (Spiller 1994: 158).

Ab den späten siebziger und verstärkt in den 80er Jahren begleiten Bildungsprogramme bzw. Programme, die zur Einkommenssicherung von Frauen beitragen, die Maßnahmen im Bereich der Familienplanung. Die Stärkung der Bildungs- und Erwerbsposition der Frauen wird als notwendig erachtet, um die Effizienz der Maßnahmen zur Geburtenkontrolle zu erhöhen. Im Verlauf der 90er Jahre werden dann Maßnahmen im Bereich der reproduktiven Gesundheit, sprich Schwangerenvorsorge und Säuglingsbetreuung sowie die Vorsorge gegen sexuell übertragbare Krankheiten zu einem zweiten Standbein der bevölkerungspolitischen Aktivitäten in den Ländern des Südens.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass, wenn über Bevölkerungspolitik in Entwicklungszusammenhängen diskutiert wird, konkret darüber gesprochen wird, wie die Zahl der Geburten pro Frau am effizientesten gesenkt werden kann, wie möglichst langfristig wirkende Kontrazeptiva möglichst effizient „an die Frau“ zu bringen sind, wie Bildungsprogramme konzipiert sein müssen, damit sie zur Akzeptanz von moderner Familienplanung beitragen und wie Schwangerenvorsorge, Säuglingsbetreuung und HIV/AIDS-Vorsorge die familienplanerischen Aktivitäten stützen können.

2.2 Bevölkerungspolitik als gesellschaftlich institutionalisiertes Diskursfeld

Daran, wie die Praxis der Bevölkerungspolitik im historischen Verlauf auf „die Reduzierung der Zahl der Geburten pro Frau in den Ländern des Südens mittels moderner Kontrazeptiva“ eingegrenzt und rezent wieder leicht in Richtung „reproduktive Gesundheit“ erweitert wird, lassen sich die grundlegenden institutionellen Strukturen, die das Diskursfeld Bevölkerungspolitik prägen, gut erkennen: die zahlenmäßige Vermessung und Darstellung der im Feld diskutierten Problemlagen; die Globalisierung sowohl des Themas als auch der Institutionen, die sich der Probleme annehmen; intensives Lobbying geprägt von einzelnen charismatischen Persönlichkeiten und einigen wenigen Zentralinstitutionen und Absorbierung von Kritik durch die Bevölkerungslobby.

Die Aufklärung mit ihrem Bestreben, das menschliche Zusammenleben zu rationalisieren und mit ihrem Glauben an die planende Gestaltbarkeit von Gesellschaft führt dazu, dass die Menschen eines Landes zur „Bevölkerung“ mutieren, die mittels der wissenschaftlichen Disziplinen Statistik und Demographie nach „leicht feststellbaren“ Kriterien wie Alter, Geschlecht und ethnischer Zugehörigkeit (!) zerlegt, zahlenmäßig vermessen und entlang von Geburten-, Heirats-, Scheidungs-, Sterbe- und Wanderungsdaten analysiert werden kann. Die *Institutionalisierung der „Vermessung nationalstaatlicher Bevölkerungen“* in Form von Volkszählungen ist Grundvoraussetzung für die meisten Argumentationslinien im bevölkerungspolitischen Diskurs und auch heute noch Basis für die Konzeption und Evaluation bevölkerungspolitischer Programme.

Erst Volkszählungen und deren Auswertung und Bewertung durch bevölkerungswissenschaftliche Institutionen in den einzelnen Ländern und große, weitverbreitete demographische Forschungsinstitute ermöglichen es, auf Basis *quantitativer auch qualitative Differenzierungen* vorzunehmen, die ihrerseits dann Ausgangspunkt für eine eugenisch ausgerichtete Bevölkerungspolitik sind. Erst dann ist es möglich zwischen den „zu hohen Geburtenraten“ bei der schwarzen und/oder zugewanderten Bevölkerung und den „zu niedrigen Geburtenraten“ bei der einheimischen weißen Bevölkerung, zwischen den „zu hohen Geburtenraten“ in den Ländern des Südens und den „zu niedrigen Geburtenraten“ in den Ländern des Nordens zu unterscheiden. Nicht verwunderlich ist, dass Indien mit seiner sehr langen Tradition von Volkszählungen zum wichtigsten bevölkerungspolitischen „Experimentierfeld“ der ersten Nachkriegsjahrzehnte wird.

Das Fassen der *Probleme in quantitativen Zahlen und Kennziffern*, für deren Berechnung viel Geld in großangelegte demographische Studien fließt, bildet insgesamt ein wesentliches Element der „Formation“ von Gegenständen, Themen, Begriffen und Argumenten im Diskursfeld. Basierend auf einfachen Annahmen zur Entwicklung der Geburten- und Sterberaten ist es demographisch gesehen relativ leicht, langfristige Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung zu entwerfen, die auch medial gut transportierbar sind. Eine weltweite Studie zur

Fertilität der Frauen ermöglicht es mittlerweile, den „ungedeckten Bedarf an Familienplanung“ in den verschiedenen Ländern des Südens mit 120 Millionen Frauen zu beziffern (DSW 2001a). Die Demographen haben auch ausgerechnet, dass über drei Millionen Menschen im Jahr sterben, weil sie keinen Zugang zu Verhütungsmitteln, Schwangerenversorgung, Geburtshilfe oder zu Informationen zum Schutz vor HIV/AIDS haben (DSW 2001b).

„Globalisierung“ ist ein weiteres Kennzeichen der Bedeutungsproduktion und deren Institutionalisierung im Diskursfeld moderner Bevölkerungspolitik. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts konzentrierten sich die bevölkerungspolitischen Diskussionen darauf, wie eine ökonomisch, sozial und/oder genetisch gesunde nationale Bevölkerungsstruktur gefördert werden kann (vgl. Weikert: i.d.H.). Ab dem zweiten Weltkrieg wird dann primär darüber diskutiert, wie ein gesundes Bevölkerungsgleichgewicht im weltweiten Maßstab zu erhalten ist. Getragen wird der Diskurs von einer Bevölkerungslobby, deren Gründungsäter eine Reihe US-amerikanischer Großindustrieller (wie John Rockefeller III und Hugh Moore) sind, die die Reduzierung der Kinderzahlen in den Ländern des Südens als unabdingbar für das Hintanhalten von Armut und damit auch des Weltfriedens sehen.

Im Diskursfeld Bevölkerungspolitik werden aber nicht nur das Thema des Diskurses selbst und die im Diskurs thematisierten Differenzen auf eine internationale Ebene gehoben, auch die Instanzen, die den Diskurs bestimmen, werden internationalisiert: 1927 findet die erste Weltbevölkerungskonferenz in Genf statt, auf der die Internationale Union für Bevölkerungswissenschaft gegründet wird. Ab 1954 werden alle 10 Jahre internationale Weltbevölkerungskonferenzen inszeniert, über die der Verlauf des Diskurses um Bevölkerungspolitik zunehmend institutionalisiert wird. Nichtregierungsorganisationen, die sich auf das Lobbying für und Projektktivitäten im Bereich der Familienplanung spezialisiert haben, vernetzen sich weltweit. 1969 wird auf massive Interventionen der US Bevölkerungslobby hin ein eigener Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen gegründet.

Lobbying ist insgesamt ein weiteres prägendes Element der Formation des Diskurses um Bevölkerungspolitik (vgl. auch Aufhauser/Diketmüller: i.d.H.). Immer wieder sind es dabei Einzelpersonen, die den Diskurs langfristig beeinflussen: Margaret Sanger ist nicht nur wichtigste Proponentin der feministischen Geburtenkontrollbewegung in den USA der 20er Jahre, sondern auch jene der internationalen Bewegung für geplante Elternschaft in der Nachkriegszeit (Hogson/Watkins 1997). John Rockefeller III prägt mit seinem persönlichen Engagement für Familienplanung die internationale Bevölkerungspolitik von den vierziger bis in die 70er Jahre. Zu beachten ist dabei, dass das Engagement von Großindustriellen im Bereich der Familienplanung nicht nur vom Interesse am Weltfrieden bestimmt wird. Die ökonomischen Interessen der Arzneimittelindustrie sind ausschlaggebend dafür, dass immer wieder massive Finanzmittel in die Forschung und Entwicklung von Kontrazeptiva gesteckt werden, die dann an den Frauen im Süden „ausprobiert“ werden. Der von der US-amerikanischen

Bevölkerungslobby 1952 gegründete Population Council wird zur größten Forschungseinrichtung in diesem Bereich.

Das Einbinden und „Aufsaugen“ von Kritik und KritikerInnen ist ein weiteres prägendes Merkmal in der Formation des Diskurses zur Bevölkerungspolitik. Die Finanzkraft, die hinter der Bevölkerungslobby steht, erleichtert dabei die Überzeugung ehemaliger KritikerInnen von der Sinnhaftigkeit einer antinatalistischen Bevölkerungspolitik in den Ländern des Südens: Wissenschaftler, die vom Bevölkerungsproblem nicht überzeugt sind, werden eingeladen, dieses an den renommierten demographischen Einrichtungen zu studieren. Den RegierungsführerInnen aus den Ländern des Südens, die sich auf der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest 1974 noch gegen eine Bevölkerungspolitik wehren, wird die Einbettung von Familienplanung in eine „comprehensive“ Entwicklungspolitik versprochen. Dadurch, dass die Kreditvergaben der internationalen Währungsorganisationen an eigene bevölkerungspolitische Programme der Länder im Süden gebunden werden, wird der Kritik an einer Bevormundung der Menschen im Süden durch jene im Norden der Wind aus den Segeln genommen. Mit dem „Reframing“ von Familienplanung als „Angebote im Bereich der reproduktiven Gesundheit“ nach der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 werden auch kritische Stimmen der Frauen in den Mainstream-Diskurs absorbiert.

3. Eugenik, Neo-Malthusianismus, Emanzipation und Ökologie: Thematische Stränge, die den Diskurs um Bevölkerungspolitik im historischen Verlauf strukturieren

Wenn im bevölkerungspolitischen Diskurs darüber gesprochen wird, wie die Dynamik des Bevölkerungswachstums zu stabilisieren wäre, wie die weibliche Fertilität am besten zu beeinflussen sei, was verantwortungsvolle Geburtenabstände und Kinderzahlen wären, welcher Stellenwert Familienplanung im Rahmen reproduktiver Gesundheit zukäme u.ä.m., so spielen in den verschiedensten Argumentationssträngen und -mustern, die im Diskursfeld zu finden sind, im Allgemeinen sowohl wirtschaftliche und soziale als auch ökologische und eugenische Überlegungen eine Rolle. Bevölkerungspolitische Argumentationen basieren

- aus *eugenischer Perspektive* auf bestimmten Vorstellungen dazu, was erwünschte von unerwünschter Bevölkerung unterscheidet, sprich klaren Differenzierungen dazu, wer mehr respektive wer weniger Kinder kriegen sollte;
- aus *entwicklungsökonomischer Perspektive* auf bestimmten Vorstellungen über den Zusammenhang von Bevölkerung und wirtschaftlicher Entwicklung, sprich dazu, wieviele und welche Art an Menschen wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstand zuträglich sind;
- aus *emanzipatorischer (feministischer) Perspektive* auf bestimmten Vorstellungen über den Zusammenhang von Kindern und sozialer Macht, sprich dazu, unter welchen Voraussetzungen mehr oder weniger Kinder für die Stärkung bestimmter sozialer Positionen, etwa jener der Frauen, besser sind;

- aus *ökologischer Perspektive* auf bestimmten Vorstellungen dazu, wie sich das Verhältnis von Mensch und Natur gestaltet, spricht dazu, wieviel Mensch(en) die Natur verträgt respektive wieviel Natur sich die Menschen aneignen dürfen.

Im Folgenden werden die Hauptfäden der Argumentation dargestellt, die in den vier angesprochenen Diskurssträngen unterschieden werden können. Ausführliche Darstellungen zum historischen Verlauf des Diskurses und zu den verschiedenen Diskurspositionen *innerhalb* der vier Einzelstränge finden sich in den anderen Beiträgen dieses Heftes.

3.1 „Gesunde Körper“: Der eugenische Diskurs um Bevölkerungspolitik

Eugenik ist ein Begriff, der als Idee bereits bei Aristoteles und Platon auftaucht (Trallori 1990: 22). Wichtig für den bevölkerungspolitischen Diskurs wird die humangenetische Fundierung des Begriffes in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts: Francis Galton weist statistisch nach, dass die Anlagen zu herausragenden Leistungen „von Vater auf Sohn“ vererbbar sind (Weikert 1998, 21). Einer eugenisch ausgerichteten Bevölkerungspolitik geht es vor diesem Hintergrund immer darum, die Qualität des „Bevölkerungskörpers“ zu sichern bzw. zu steigern, indem die Fortpflanzung der sogenannten Tüchtigen (positive Eugenik) gefördert und jene der sogenannten Minderwertigen (negative Eugenik) verhindert wird. Da es in der Eugenik immer gleichzeitig um Geburtenförderung (bei den Menschen mit „wertvollen“ Anlagen) und Geburtenvermeidung (bei den Menschen mit „schädlichen“ Anlagen) geht, bildet sie die Verbindungsnähe zwischen geburtenfördernder und geburtenverhindernder Bevölkerungspolitik. Familienplanungsprogramme für die nicht so Leistungsfähigen, die Armen, die Menschen in den Ländern des Südens und neue Fortpflanzungstechnologien für die besonders Begabten, die Reichen, die Menschen in den Ländern des Nordens sind daher nur verschiedene Seiten der gleichen eugenischen Medaille (Wichterich 1994; Weikert: i.d.H.).

Um die und nach der Jahrhundertwende etablieren sich in vielen Ländern soziale Bewegungen, die explizit eugenische Ziele verfolgen. Hintergrund ist ein zunehmendes Auseinanderdriften der Geburtenzahlen der höheren und niedrigeren Sozialschichten, welches – so die eugenische Argumentation – zu einer zunehmenden Verschlechterung der *sozialen* Qualität der Bevölkerungsstruktur führt. Die *rassendeologische* Be- und Umsetzung im Nationalsozialismus belastet dann den Begriff Eugenik und er verschwindet aus dem Vokabular bevölkerungspolitischer Zielsetzungen in der Nachkriegszeit. Dennoch folgen zahlreiche Argumentationen im Diskursfeld weiter dem eugenischen Grundgedanken. Wenn Unterschiede in den Geburtenraten der Menschen in der „Ersten“ und der „Dritten“ Welt, von „Weißen“ und „Farbigen“ oder von „Einheimischen“ und „Zuwanderern“ hervor gehoben werden, so ist mit diesen Differenzierungen – aus Sicht derer, die argumentieren – im Allgemeinen eine sehr klare Trennung in „erwünschte“ und

„unerwünschte“ Kinder verbunden. Heute werden eugenische Grundanliegen, vor einem enorm veränderten Wissensstand und gravierenden neuen Eingriffsmöglichkeiten, unter dem neuen Header „Humangenetik“ diskutiert und verfolgt.

Im eugenischen Diskursstrang geht es immer um Qualität, um jene von Menschenkörpern und um jene von „Bevölkerungskörpern“: es geht darum, was die Qualität dieser Körper ausmacht und wer diese auf welcher Basis bestimmt; es geht darum, wie eine eugenische Kontrolle der Fortpflanzung aussehen könnte und sollte; und es geht darum, wer dafür verantwortlich zeichnet, dass vorrangig qualitativ hochwertige Körper „produziert“ werden.

3.2 Machen Kinder arm? Der entwicklungsökonomische Diskurs um Bevölkerungspolitik

Im Rahmen des *entwicklungsökonomischen Diskursstranges* geht es um die Frage, was die *Bevölkerungszahl* bzw. die *Dynamik der Entwicklung der Bevölkerungszahl* für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet. Hauptdiskussionspunkt ist, ob und unter welchen Bedingungen eine sehr „dichte“ Bevölkerung auf die wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt einen eher positiven oder insgesamt einen eher negativen Einfluss hat. Im historischen Verlauf ziehen sich drei Argumentationsfäden über den Zusammenhang von Bevölkerung und wirtschaftlicher Entwicklung durch den bevölkerungspolitischen Diskurs:

Dominierend in der Bevölkerungspolitik ist bis heute der *neo-Malthusianische Argumentationsfaden*, nach dem ein (zu) rasches Bevölkerungswachstum zur Verarmung führt, weil und wenn bestimmte ökonomische, soziale oder ökologische „Tragfähigkeiten“ überschritten werden. In Abhängigkeit von den historischen Grundkonstellationen im gesamtgesellschaftlichen Diskurs werden dabei sehr unterschiedliche Muster des Zusammenhanges von Bevölkerungswachstum, Tragfähigkeit und Verarmung hergestellt, um für eine Beschränkung der Kinderzahlen in bestimmten Bevölkerungen und deren politische Umsetzung zu argumentieren (vgl. Aufhauser/Diketmüller: i.d.H.). Eine rigorose Kontrolle der Kinderzahlen, sprich eine Bevölkerungspolitik, die Familienplanung notfalls auch mit Zwangsmitteln durchsetzt, ist vor dem Hintergrund der neo-Malthusianischen Argumentationen ein Muss für alle, die sich für das Wohlergehen der Menschheit verantwortlich fühlen.

Die Mehrzahl derer, die im Bereich der Entwicklungspolitik engagiert sind, argumentiert den Zusammenhang zwischen Bevölkerung und wirtschaftlicher Entwicklung umgekehrt: wirtschaftliche Entwicklung und der damit verbundene gesellschaftliche Modernisierungsprozess führen zu einem Sinken der Geburtenraten. Aus Perspektive des *entwicklungspolitischen Argumentationsfadens* macht Bevölkerungspolitik in Form von Familienplanungsprogrammen nur im Rahmen eines umfassenden Entwicklungsansatzes Sinn.

Die Mehrzahl der VolkswirtschaftlerInnen argumentiert auch heute noch mit Adam Smith, dass Bevölkerung die grundlegende Basis für „den Wohlstand der

Nationen" bildet. Der *bevölkerungsökonomische* Argumentationsfaden wird im bevölkerungspolitischen Mainstream nur dann selektiv aufgegriffen, wenn gewisse Bevölkerungsschichten „zu wenige Kinder kriegen“ und eine ökonomisch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung aus diesem Grund gefährdet scheint. Die Trennlinien, nach denen zwischen ökonomisch gesehen produktiver und unproduktiver Bevölkerung differenziert wird, variieren im historischen Verlauf (vgl. dazu den eugenischen Diskurs) stark. Im Verständnis der Bevölkerungsoökonomie ist die Steuerung der Kinderzahlen über ökonomische Anreize nur eine Möglichkeit, neben Migrations- und Gesundheitspolitik, eine ökonomisch effiziente Bevölkerungsstruktur sicher zu stellen.

3.3 Zwischen Gebärzwang und Zwangssterilisation?: Der feministische Diskurs um Bevölkerungspolitik

Im feministischen Diskursstrang steht die Forderung nach „selbstbestimmter Mutterschaft“ von Frauen im Mittelpunkt: jede Frau sollte selbstbestimmt entscheiden können, ob, wann und in welchem Abstand sie Kinder haben will, wieviele Kinder sie haben will und mit wem sie diese aufziehen will. Umstritten ist jedoch auch unter Frauen ob, wie und auf welche Weise staatliche Politik das sicherstellen kann. Der feministische Diskurs um Bevölkerungspolitik wird bestimmt von einer Reihe an Zwiespälten, die eine einheitliche Positionierung der Frauen im Diskursfeld selbst sehr schwierig erscheinen lässt (vgl. auch Schwarz: i.d.H.).

Zwiespalt zwischen erwünschter und unerwünschter Mutterschaft: Auf der einen Seite steht die feministische Forderung, die Lebenszusammenhänge der Frauen aus gesellschaftlichen Fixierungen auf ihre „Mütterlichkeit“ (sprich aus dem *Gebärzwang*) herauszulösen und auf politischer Ebene Vorsorge dafür zu treffen, dass Frauen unerwünschte Mutterschaften „erspart“ bleiben. Der Zugang zu Verhütungswissen und zu Verhütungsmitteln, die den Frauen Geburtenkontrolle ermöglichen, ist aus dieser Perspektive eine wichtige politische Forderung. Auf der anderen Seite steht die feministische Forderung, die Lebenszusammenhänge gesamtgesellschaftlich so zu gestalten, dass Frauen ein menschenwürdiges Leben (auch) mit Kindern möglich ist (sprich Frauen nicht in die Kinderlosigkeit zu zwingen) und auf politischer Ebene Vorsorge dafür zu treffen, dass Frauen so viele Kinder möglichst gesund gebären und aufziehen können, wie sie selbst wünschen. Aus dieser Perspektive ist natürlich jeglicher Zwang zur Verhütung oder Abtreibung abzulehnen, auch das „Austreden des Wunsches nach mehr als einem oder zwei Kindern“ oder eine geburten- und kinderfeindliche Gestaltung des sozialen und ökonomischen Umfeldes. Aus feministischer Perspektive handelt es sich beim Widerstand gegen einen „Gebärzwang“ und beim Widerstand gegen „Zwangssterilisation“ um zwei Seiten derselben Medaille. Im bevölkerungspolitischen Diskurs wird jedoch aus der ersten Argumentation eine antinatalistische Position, aus der zweiten Argumen-

tation eine pronatalistische Position abgeleitet – und das widerspricht sich dann natürlich. Könnte es sein, dass Frauen weder eine anti-, noch eine pronatalistische *Bevölkerungspolitik* wollen, sondern ganz einfach eine Politik, die ihnen den Zugang zu Verhütung ermöglicht und gleichzeitig Schwangerschaften, Geburten und Kinderalltage sicherer macht?

Zwiespalt zwischen individualisierten Rechten und sozialer Einbindung: Aus Perspektive eines liberalen Feminismus geht es vorrangig darum, die rechtliche Gleichstellung der Frauen „als Bürgerinnen“ abzusichern. Vor diesem Hintergrund wird vor allem um die Sicherstellung von Menschenrechten die für Frauen eine besondere Bedeutung haben – etwa wenn es um die Integrität ihrer Körper geht – gekämpft: um die Rechte auf Bildung, auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, auf Geburtenkontrolle, auf sexuelle Selbstbestimmung, auf reproduktive Gesundheit. Der Fokus auf *individuelle* Rechte erscheint aus feministischer Sicht unter anderem auch deshalb sinnvoll und gerechtfertigt, weil er in den herrschenden politischen Diskurs passt und daher auch den Männern relativ leicht plausibel gemacht werden kann. Umstritten ist, ob die Gewährung individueller Rechte tatsächlich das ist, was Frauenleben grundlegend und nachhaltig stärkt. Ausgehend davon, dass Frauenleben durch die sozial bestimmte Gebundenheit an Kinder, an Ehemänner, an andere Frauen geprägt sind, wurde in der feministischen Entwicklungsdiskussion ein *kollektiver* Ansatz des Empowerment entwickelt, der davon ausgeht, dass die Machtstrukturen, die Frauen diskriminieren, nur im miteinander „auszuhebeln“ sind. Aus einer derartigen Perspektive geht es dann weniger um die Gewährung und Durchsetzung individueller Rechte für die einzelne Frau, als um die Stärkung der gemeinsamen Macht von Frauen, sprich um soziale Mobilisierung, die Bildung von Allianzen und Koalitionen, um Vernetzung, die Stärkung des Selbstbewusstseins, den Aufbau von Vertrauen u.ä.m. Nur eingebettet in eine sozial starke „Frauenmacht“ können Frauen tatsächlich selbstbestimmte Entscheidungen fällen: „Here, the emphasis is on a woman's own determination against that of others, rather than on the self as individual.“ (Smyth 1998: 229) Auch diese Sichtweise auf das Empowerment von Frauen ist sehr schwer in einem Diskurs zu verankern, der von Logiken wie Bevölkerungskontrolle, effizienter Planung, individuellen Rechten und Maximierung der Wahlfreiheit beim Konsum (von Verhütung) geprägt wird.

Zwiespalt zwischen Selbstbestimmung und sozialer Verantwortung: Die radikalen Feministinnen lehnen jegliche Form von *Bevölkerungspolitik* ab, weil diese für sie grundsätzlich nicht mit weiblicher Selbstbestimmung vereinbar ist: Sie richtet sich an demographischen Zielvorgaben primär männlicher Bevölkerungsexperten und -lobbyisten aus, sie baut auf Verhütungswissen auf, das von einer von Männern kontrollierten Arzneimittelindustrie bereitgestellt wird, sie selektiert auf Basis einer Reproduktionstechnologie nach Lebensfähigkeit, die sich an von Männern entwickelten Maßstäben orientiert. Insbesondere von den

sozialistischen Feministinnen wird neben dem Recht auf Selbstbestimmung immer wieder die soziale Verantwortung betont, derer sich die Frauen im Zuge ihrer „selbstbestimmten“ Entscheidungen auch bewusst sein müssen (vgl. für Österreich um die Jahrhundertwende Weikert: i.d.H.; beispielhaft für die Frauen der SPD Randzio-Plath 1995). Auf der einen Seite lehnen natürlich auch feministische Sozialistinnen die „männliche“ Kontrolle der weiblichen Selbstbestimmung ab. Auf der anderen, der pronatalistischen Seite des bevölkerungspolitischen Diskurses steht jedoch die katholische Kirche mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Geburtenkontrolle bzw. die Pro-Lifebewegung mit ihrem Sturm gegen die Freigabe der Abtreibung. Die „aufgeklärten linken“ Frauen aus dem Süden und Norden sind diejenigen, die sich vor diesem Hintergrund besonders massiv für eine Bevölkerungspolitik „mit feministischem Antlitz“ engagieren.

3.4 Wieviel Mensch verträgt die Erde? Der ökologische Diskurs um Bevölkerungspolitik

Im Rahmen des *ökologischen Diskursfranges* geht es um das Verhältnis von Mensch und Natur (vgl. Mertens: i.d.H.). Im Zusammenhang mit Bevölkerungspolitik wird der Diskurs sehr stark von *einem biologischen Argumentationsmuster* geprägt, das Menschen ahistorisch und losgelöst von gesellschaftlichen Bedingungen als „statistische Einheiten“ betrachtet, die sich triebbestimmt fortpflanzen und bestimmte Ressourcen, die die Erde bereitstellt verbrauchen. Aus einer derartigen Perspektive geht es immer wieder schlicht und einfach darum auszurechnen, wie groß die „Population Mensch“ sein kann, die auf einem bestimmten Gebiet (der Erde) unter bestimmten Bedingungen überlebensfähig ist.

Der Diskurs der auf Familienplanung ausgerichteten Bevölkerungspolitik im Verlauf der Nachkriegszeit wird darüberhinaus von einem *instrumentalistischen Argumentationsmuster* geprägt, das auf einer klaren Abtrennung „moderner männlicher Naturbeherrschung“ von einem „traditionellen weiblichen Ausgelifertsein der Natur“ basiert. Frauen, vor allem jene in den Ländern des Südens, sind aus dieser Perspektive ihrer natürlichen Gebärfähigkeit ausgeliefert und männliche Familienplaner helfen ihnen, sich mittels moderner Kontrazeptiva so zu emanzipieren, dass sie ihre eigene Natur unter Kontrolle bringen.

Auf der anderen, insbesondere der ökofeministischen Seite etabliert sich ein *essentialistisches Argumentationsmuster*, das die Frau, ihre Gebärfähigkeit und ihre daraus resultierende größere Nähe zur Natur, die auch einen ökologischen Umgang mit dieser Natur bewirkt, als Gegenbild zum instrumentalistischen, männlichen, zerstörerischen Umgang mit der Natur „überhöht“. Aus einer derartigen Perspektive ist die patriarchale Unterdrückung der Frauen gleichzeitig die Ursache von Bevölkerungswachstum und Naturzerstörung.

4. Von der „Bevölkerungsbombe“ zum „Recht auf reproduktive Gesundheit“: Zum Wandel im Diskurs um Bevölkerungspolitik im 20. Jahrhundert

Sozio-kultureller Wandel manifestiert sich als Hervortreten, Zurückweichen und Neubewerten spezifischer Deutungen. In der historischen Analyse eines Diskurses geht es daher darum, sich das Verhältnis, in dem konkurrierende Sichtweisen zueinander stehen, anzusehen, zu schauen, welche Sichtweise strukturell dominiert und warum dies so sein könnte. Wichtig ist es in diesem Zusammenhang, jene diskursiven Ereignisse festzumachen, im Rahmen derer die dominanten und kollektiv mehr oder weniger verbindlichen Sichtweisen politischer Handlungszusammenhänge reproduziert und verändert werden (Schwab-Trapp 1999). In der Nachkriegszeit stellen die großen internationalen Bevölkerungskongressen, die seit 1954 alle zehn Jahre abgehalten werden, derartige diskursive Großereignisse dar. „An den auf den Konferenzen geführten Diskussionen, den sichtbaren Konfrontationslinien, den wechselnden Koalitionen und den schließlich verabschiedeten Dokumenten lassen sich die Verschiebungen im Mainstream des Bevölkerungsdiskurses gut ablesen.“ (Mertens 1998, 170ff) Die Abgrenzung der verschiedenen Phasen des bevölkerungspolitischen Diskurses in der Nachkriegszeit folgt aus diesem Grund den Zäsuren, die durch die internationalen Konferenzen vorgegeben sind.

Wie also werden die Erzählungen in den verschiedenen Diskurssträngen im historischen Verlauf voneinander abgegrenzt, miteinander verbunden, aneinander angepasst und in allgemeine ideologische Grundströmungen eingebettet, damit die Rahmenbedingungen für das institutionelle Überleben des jeweiligen ideologischen Schwerpunktes gesichert bleiben?

4.1 Von der eugenisch verantwortlichen Selbstbestimmung zur Rassenpolitik des Dritten Reiches (1890–1945)

Um die Jahrhundertwende und in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts dominiert der eugenische Strang im Diskurs um Bevölkerungspolitik. Es geht um die Frage, wie die besser gebildeten Bevölkerungsschichten dazu angehalten werden können, wieder mehr Kinder zu bekommen, um die volkswirtschaftlich „gesunde“ Zusammensetzung der Bevölkerung nicht zu gefährden. Viele der VertreterInnen der „Menschenökonomie“ dieser Zeit sind dem sozialistischen Lager zuzurechnen. Ihre „Ansichten und Forderungen orientieren sich an der Verantwortung des Individuums gegenüber sich selbst und der Gesellschaft sowie am Recht auf Selbstbestimmung“ (Weikert 1998: 21).

Sehr widersprüchlich ist vor diesem Hintergrund die Einstellung zur „Geburtenkontrolle“, insbesondere bei den Frauen, die sich in der Ersten Frauenbewegung engagieren. Die Forderung nach einer selbstbestimmten weiblichen Kontrolle der Fertilität legt eine positive Einstellung zu Familienplanung, zur Bereit-

stellung von Verhütungsmitteln und zur Freigabe der Abtreibung nahe. Andererseits ist die Unterstützung der „fortschrittlichen“ Männer notwendig, um das Wahlrecht für Frauen durchzusetzen. Diese stehen jedoch der Forderung nach Geburtenkontrolle aus eugenischen Erwägungen heraus vorerst sehr ablehnend gegenüber. Ihr Argument ist, dass ein vermehrtes Angebot im Bereich der Familienplanung primär von den besser Gebildeten, den „Eliten“, in Anspruch genommen würde und es damit zu einer Verschiebung der Bevölkerungsstruktur zu den sozial schwachen „unteren“ Schichten kommen würde. Aus diesem Grund kommt es zu taktischen Distanzierungen zwischen jenem Teil der Frauenbewegung, dem es primär darum geht, das Wahlrecht für Frauen durchzusetzen, und jenem Teil der Frauenbewegung, denen die Geburtenkontrolle besonders am Herzen liegt (für die USA vgl. Hodgson/Watkins 1997: 476ff; zur ambivalenten Einstellung der Frauen aus der Ersten Frauenbewegung in Österreich etwa zur Abtreibung vgl. Weikert: i.d.H.).

Erst nachdem das Wahlrecht für die Frauen durchgesetzt ist und die Geburtenraten der niedrigen Sozialschichten ebenfalls sinken, können sowohl feministische Geburtenkontrollbewegung als auch eugenische Bewegung im Verlauf der 20er Jahre in ihren Argumenten voneinander profitieren (Hodgson/Watkins 1997: 476): Die Eugeniker können Verhütung und Abtreibung, basierend auf den Argumenten der Geburtenkontrollbewegung, als Weg zur besseren Gesundheit und Wohlfahrt vermarkten und müssen sie nicht mehr primär als Mittel zur Verhinderung der Rassendegradierung anpreisen. Die Geburtenkontrollbewegung kann sich ihrerseits in ihren Argumenten auf die „wissenschaftliche“ Autorität der eugenischen Bewegung berufen.

Die eugenischen Grundgedanken werden schließlich von den Nationalsozialisten aufgegriffen, in eine rassistische Grundargumentation umdefiniert, von der Komponente der feministischen Selbstbestimmung befreit und im Dritten Reich politisch konsequent umgesetzt. Vor dem Hintergrund der großen Unterstützung, die die eugenische Bewegung Anfang des Jahrhunderts über alle politische Lager hinweg in den USA und in Europa genoss, fiel eine Distanzierung von der nationalsozialistischen Umsetzung des eugenischen Gedankens nicht leicht. Zumindest bis zum „Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sahen die großen Industrienationen in der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik ein Vorbild konsequenter Umsetzung der sozialdarwinistischen Ideen, die sie selbst vertraten“ (Mertens 1998: 167).

4.2 Von der Entwicklungsgefährdung in der Dritten Welt zur Bevölkerungskontrolle, um den Weltfrieden zu erhalten: Die Etablierung des Bevölkerungsestablishments in der Nachkriegszeit (1945–1965)

In den ersten Nachkriegsjahren stellen die Flüchtlingsströme das größte Bevölkerungsproblem in Europa dar und in den USA sorgt ein Nachkriegsbabyboom dafür, dass kein Anlass besteht, sich um die eigene Bevölkerung und deren

„gesunde“ Struktur Sorgen zu machen. Weder über pro-, noch über antinatalistische Bevölkerungspolitik wird diskutiert, bis die „Dramatik der Bevölkerungsentwicklung“ entdeckt wird, die sich in jenen Ländern des Südens abzeichnet, in denen moderate Investitionen in den Gesundheitsbereich zu einer stark sinkenden Sterblichkeit führen. Von den Entwicklungsexperten wird darauf verwiesen, dass die sich abzeichnende „explodierende“ Bevölkerung die Umsetzung von importsubstituierenden Industrialisierungsplänen verhindere, da Kapital statt in Investitionen in den Konsum fließen müsse. In Allianz mit der Bevölkerungslobby der großen privaten Stiftungen werden schließlich „Familienplanungsprogramme“ als bester Lösungsansatz für die aufgezeigten Entwicklungsprobleme ge- bzw. erfunden.

Der bevölkerungspolitische Diskurs in den USA in den ersten Nachkriegsjahrzehnten wird auf dieser Basis von einer neo-Malthusianischen Argumentation bestimmt, die auf eine Reduzierung der Geburtenzahlen in den Ländern des Südens abzielt. Verankert wird der Diskurs institutionell in den Bevölkerungsabteilungen der großen privaten Stiftungen und Universitäten. Eine Verwebung des neo-Malthusianischen Diskursstranges mit anderen Diskurssträngen ist in der ersten Nachkriegszeit nicht notwendig. Im Gegenteil: Nach den Vorgängen im Dritten Reich wird zur eugenischen Bewegung bewusst Distanz gehalten und die frauen-orientierte Argumentation der Proponentinnen der alten „Geburtenkontrollbewegung“ wird in der Männerwelt der neuen Bevölkerungslobbyisten nicht weiter verfolgt. Im Verlauf der Zeit orientiert sich die Geburtenkontrollbewegung dann selbst immer stärker an der neo-Malthusianischen Bevölkerungskontrollbewegung. Das alte feministische Anliegen der selbstbestimmten Sexualität und der eigenständigen Fertilitätskontrolle der Frauen wird in das Familienanliegen „geplante Elternschaft“ übergeführt (Hodgson/Watkins 1997: 480ff).

Ab Mitte der 50er Jahre verschiebt sich der Fokus in der neo-Malthusianischen Argumentation von der Betonung der Entwicklungsgefährdung in der Dritten Welt hin zur Gefährdung des Weltfriedens. Auf der ersten Internationalen Bevölkerungskonferenz der Nachkriegszeit in Rom 1954 wird zwar bereits über Familienplanungsprogramme gesprochen, die „Koalition“ aus Katholiken und Kommunisten verhindert jedoch die Verabschiedung einer gemeinsamen Agenda. Bis Mitte der 60er Jahre hat sich die Bevölkerungslobby dann jedoch mit ihren Argumenten zumindest in den USA durchgesetzt: Unter John F. Kennedy beginnt die bevölkerungspolitische Intervention der USA in der „Dritten Welt“, unter seinem Nachfolger Lydon B. Johnson wird die neo-Malthusianischen Bevölkerungspolitik zu einem offiziellen und wesentlichen Bestandteil der Außenpolitik der USA.

4.3 Angst vor der „Bevölkerungsbombe“ und Kritik an der Hegemonie weißer US-Männer: Familienplanung im Kalten Krieg (1965–1974)

Mitte der 60er Jahre beginnt eine Periode der Umschichtung von der privaten zur staatlichen „Bevölkerungsarbeit“ (Heim/Schaz 1996: 154). Die Unterstützung durch US-AID bewirkt eine massive Ausweitung der finanziellen Ressourcen für bevölkerungspolitische Aktivitäten in den Ländern des Südens. Indien und Pakistan werden zu den großen „bevölkerungspolitischen Versuchslabors“. Massiv unterstützt von US-AID und anderen Organisationen werden Antibabypillen und Spiralen massenhaft unter die Leute gebracht.

Darüberhinaus kommt es über US-amerikanisches Lobbying zum Aufbau eines globalen Netzwerkes im Bereich von Familienplanung. 1969 wird der Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen gegründet. Im gleichen Jahr beginnt auch die Entwicklungsorganisation der Weltbank (IDA) ihr erstes bevölkerungspolitisches Programm in Kenia. 1972 richtet die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein eigenes Programm ein, das die Erprobung und Verbreitung neuer Verhütungsmittel unterstützt (Mertens 1998: 168). Die internationalen Organisationen beteiligen sich ab Mitte der 60er und in den 70er Jahren dann vor allem am Aufbau der nationalen Bevölkerungspolitik in Ländern wie Indien, Indonesien, Philippinen, Bangladesch, Ägypten und Kenia.

Weder Medienkampagnen noch Prämienzahlung oder von der Regierung vorgegebene Sollzahlen senken jedoch die Geburtenraten im gewünschten Ausmaß. Zunehmend wird von „linker“ und von feministischer Seite Kritik an den Familienplanungsprogrammen laut – an dem wie sie konzipiert sind und an dem was sie anrichten (Wichterich 1994).

4.4 Von der „Bevölkerungskontrolle“ zum „Recht auf Familienplanung“ als Bestandteil einer umfassenden Entwicklungspolitik (1974–1984)

Auf der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest 1974 kommt es zum Aufstand der Länder der Dritten Welt gegen die neo-Malthusianische Position unter dem Wortführer USA. Zu diesem Zeitpunkt ist klar, dass die Strategie der nachholenden Entwicklung auch dann nicht unbedingtfunktioniert, wenn die Bevölkerungszahlen kontrolliert werden. Zunehmend werden die Stimmen von Bevölkerungswissenschaftlern laut, die den positiven Stimulus einer dynamischen Bevölkerungsentwicklung für die ökonomische Entwicklung hervorheben (Simon 1977). Darüber hinaus verzeichnet die Grüne Revolution durchaus Anfangserfolge und in einigen Entwicklungsländern beginnen die Geburtenraten zu sinken, ohne dass ein direkter Zusammenhang mit Programmen zur Familienplanung zu erkennen ist (Pritchett 1994). Unter der Devise „development is the best contraceptive“ fordern die Regierungen des Südens (unterstützt von Schweden, dem Vatikan und den sozialistischen Ländern) eine Neue Weltwirtschaftsordnung, eine Umverteilung der Ressourcen und vor allem höhere Finanzhilfen für den wirtschaft-

lichen Aufbau und jene gesellschaftliche Modernisierung, die laut Theorie des demographischen Überganges Basis für den Rückgang der Geburtenzahlen ist.

Vor diesem Hintergrund wird von John D. Rockefeller III bereits auf der Konferenz und knapp später auch vom Population Council angekündigt, die Familienplanungsprogramme in ganzheitliche Entwicklungsprogramme zu integrieren. Um der Kritik an neokolonialen Motiven zu begegnen, werden zunehmend Nichtregierungsorganisationen „vor Ort“ in die Planung und Durchführung der Programme eingebunden und die Rhetorik umgestellt. Familienplanung wird nun nicht mehr als staatliches Instrument zur Bevölkerungskontrolle verkauft, sondern als Menschenrecht rekonstruiert. In dieser Zeit taucht auch wieder der Begriff verantwortliche Elternschaft auf, sprich ein Konzept das es erlaubt, die individuellen Rechte auf autonome Entscheidungen wieder rückzubinden an eine Bevölkerungspolitik, die per Definition auf die Erreichung bestimmter gesamtgesellschaftlicher Ziele ausgerichtet ist. Trotz der Rhetorik um Menschenrechte kommt es im Verlauf der 70er und 80er Jahre aber zu weiteren Zwangsmaßnahmen im Bereich der Familienplanung. Neu ist nun, dass diese von den nationalen Regierungen in den Ländern des Südens, „beispielhaft“ sind hier Indien und China, selbst initiiert werden.

Die Position der Menschenrechte trifft sich mit jener der liberalen Feministinnen und deren Forderung nach dem „reproduktiven Recht auf autonome Geburtenkontrolle. Konfrontiert mit einer wachsenden pro-life Bewegung wird die „pro-choice reproductive agenda“ insbesondere in den USA (Hodgson/Watkins 1987: 473) ein wichtiger Bestandteil feministischer Identität in den 70er Jahren. Der Begriff „reproduktive Rechte“ wird in dieser Zeit von linken Feministinnen als Erweiterung zum Begriff „Recht auf Abtreibung“ in die Diskussion eingebracht, um anzudeuten, dass es den Frauen auch um das Recht auf Unterstützung der Kosten für Abtreibungen und Kontrazeptiva sowie um staatliche Garantie der Gesundheitsvorsorge in Zusammenhang mit Schwangerschaft und für Säuglinge geht. Im Verlauf der 70er Jahre gehen feministischer und neo-Malthusianischer Diskurs zunehmend wieder auf Distanz zueinander: Abtreibung stellt kein wirklich ökonomisch effizientes Mittel der Familienplanung dar und der Kampf um das Recht auf Abtreibung ist auch aus diesem Grund kein zentrales Anliegen der Bevölkerungslobby. Den Frauen wird zunehmend klar, dass die in den Familienplanungsprogrammen gesetzten Maßnahmen nichts mit einer Selbstbestimmung der Frauen zu tun haben. Die Ideologie der bevölkerungspolitischen Institutionen wird einer kritischen Analyse unterzogen und die Frauen beginnen sich weltweit mit der bis dahin kaum bekannten Geschichte der „Bevölkerungskontrollpolitik“ auseinanderzusetzen (Kozuch 1999: 33ff).

4.5 „Women in Development“, ökologische Wende und die Durchsetzung nationaler Familienplanung in den Ländern des Südens (1984–1994)

Die neo-Malthusianische Argumentation verliert in den 80er Jahren vorerst insgesamt weiter an Überzeugungskraft. Der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Armut im Süden ist nicht wirklich empirisch zu belegen. Trotzdem steigt die Zahl jener Länder im Süden, die in den späten siebziger und frühen 80er Jahren offiziell eine antinatalistische Position einnehmen und Familienplanungsprogramme als Basis und Bestandteil ihrer Entwicklungspolitik einrichten, substantiell. In den Ländern, die von sich aus nichts tun, sorgt der Druck der Weltbank spätestens in den 80er Jahren für das Installieren nationaler Bevölkerungsprogramme. Auf der Bevölkerungskonferenz in Mexiko 1984 sind bereits alle (bis auf den Vatikan) davon überzeugt, dass es ein Überbevölkerungsproblem in den meisten Ländern des Südens gibt und Familienplanung der beste Ansatzpunkt ist, um das Problem zu lösen. Die Akzente in der Diskussion verschieben sich von den Geburten- und Sterblichkeitsraten auf Probleme wie Urbanisierung, Migration, Umwelt und Ressourcen. Darüber hinaus wird der Zusammenhang zwischen der Benachteiligung der Frauen und hoher Fertilität explizit thematisiert und die Verbesserung der Situation der Frauen als wichtiges Ziel definiert.

In den US werden bereits ab Ende der 70er Jahre große öffentliche Diskussionen über die mit Familienplanungsprogrammen unterstützten Abtreibungen geführt. Das führt zur Reduzierung privater Stiftungsgelder und die Familienplanungsbeziehung wird immer abhängiger von einer öffentlichen Finanzierung (Caldwell/Caldwell 1986, zit. in Hogson/Watkins 1997: 490). Mit der Wahl Ronald Reagans kommt dann auch der wichtige Geldfluss der US Auslandshilfe ins Stocken. Um weiter Gelder von US-AID zu erhalten, werden bevölkerungspolitische Maßnahmen bereits ab den 80er Jahren zunehmend als humane, gesundheitserhaltende Maßnahmen für Frauen und Kinder vermarktet. Darüber hinaus nährt sich der neo-Malthusianische Diskurs in seiner Argumentation zunehmend aus einem ökologischen Diskurs, der durch die Bevölkerungsentwicklung verschiedenste ökologische Tragfähigkeiten gefährdet sieht. Nachhaltige Entwicklung und Bevölkerungsentwicklung werden explizit miteinander verknüpft. Zum neuen Schlagwort wird die „verantwortliche“ Bevölkerungspolitik (Leisinger 2000) als ein Versuch, den geforderten Maßnahmen zur Reduzierung der Geburtenzahlen in den Ländern des Südens ein humanitäres Antlitz zu verleihen.

In der ökologischen Argumentation wird die Fertilität der Frauen zur Weltbedrohung. Die Feministinnen wehren sich daher vehement gegen die neue Verknüpfung von ökologischem und neo-Malthusianischem Diskurs und verhintern in einer konzentrierten Aktion, dass der Bevölkerungsentwicklung im Abschlussdokument der Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 tatsächlich eine zentrale Rolle auf dem Weg zur nachhaltigen globalen Entwick-

lung zugeschrieben wird (Hogson/Watkins 1997: 497). Auf der anderen Seite wird das Bevölkerungsestablishment in der Reagan Ära jedoch zum wichtigsten Verbündeten im Kampf um reproduktive Rechte. Ab Ende der 80er Jahre engagieren sich Frauen zunehmend wieder aktiv für eine „feministische“ Umgestaltung der internationalen Bevölkerungspolitik.

4.6 Von der Familienplanung zum Recht auf „reproduktive Gesundheit“: Die „Feminisierung“ der Bevölkerungspolitik nach Kairo 1994

Im Vorfeld der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 kommt es zu einer ganzen Reihe an vorbereitenden Sitzungen mit Frauenthemen. Das Bevölkerungsestablishment bemüht sich erstmals intensiv darum, die Nichtregierungsorganisationen in die vorbereitende Arbeit einzubinden (Kozuch 1999: 36ff). Durch geschicktes Lobbying der internationalen Frauengesundheitsbewegung werden in das Abschlussdokument der Konferenz dann auch wesentliche Eckpunkte feministischer Forderungen an Bevölkerungspolitik aufgenommen. Die Stabilisierung der Bevölkerungszahl bleibt zwar ultimatives Ziel, nirgends im Programm wird jedoch von einem Bevölkerungsproblem gesprochen. Explizit aufgenommen werden Forderungen nach Förderung von Geschlechtergleichstellung und Empowerment der Frauen sowie der Eliminierung der Gewalt gegen Frauen. Die Aktivitäten im Bereich der Familienplanung werden mit allgemeinen Aktivitäten zur reproduktiven Gesundheit verbunden und die Finanzierung eigener Aktivitäten zur Frauengesundheit zugesagt. Familienplanung ist nur als Teil der Förderung der reproduktiven Gesundheit akzeptabel, wenn keine Formen der Gewalt auftreten, weder Anreize noch Zwangsmaßnahmen damit verbunden sind, keine demographischen Ziele und Quoten der Anbieter vorgegeben sind. Während in den 80er Jahren der statistische Zusammenhang zwischen weiblicher Fertilität und sozialer Stellung der Frauen bei der Konzeption von frauorientierten Bevölkerungsprogrammen im Mittelpunkt steht, werden die Bevölkerungsfragen nun tatsächlich zunehmend aus Frauenperspektive betrachtet.

Auf der anderen Seite werden die feministischen Anliegen im Kompromiss nicht nur verwässert, sondern teilweise auch umdefiniert. Die Interpretationen von Konzepten wie Empowerment, reproduktiven Rechten und selbstbestimmter Wahl durch das Bevölkerungsestablishment unterscheiden sich gravierend von den ursprünglichen Konzepten der Feministinnen (Smyth 1998: 226): das Motiv der Bevölkerungskontrolle dominiert weiter in den meisten offiziellen Familienplanungsprogrammen; die Ausweitung der reproduktiven Rechte der Frauen wird mit einer Ausweitung der Anzahl und Typen der zur Verfügung stehenden Kontrazeptiva gleichgesetzt; die individuelle Menschenrechtsrhetorik entfremdet das Empowermentkonzept, das auf einer Förderung der vernetzten Frauenmacht beruht; auch die qualitativen Verbesserungen im Gesundheitsbereich werden weiterhin von der demographischen Logik (z.B. Erhöhung der

Akzeptanzrate) beherrscht; das eugenische Element der internationalen Bevölkerungspolitik bleibt erhalten: es geht primär darum, dass arme Frauen und Frauen im Süden weniger Kinder bekommen.

Zusammengefasst: Die neo-Malthusianischen Bevölkerungslobbyisten verpflichten sich in Kairo explizit zur Unterstützung einer Gleichstellungsstrategie der Geschlechter, um ihrem Ziel der Stabilisierung der Bevölkerung näherzukommen und „belasten“ ihre Programmbudgets mit „Overhead“-Kosten für eine erweiterte reproduktive Gesundheit. Die Feministinnen geben dafür Unterstützung für die allgemeinen bevölkerungspolitischen Ziele. Sprachlich wird das Ganze in eine Menschenrechtsrhetorik verpackt, die immer wieder auf Angewandtheit und Wahlfreiheit abstellt. Zentrale feministische Ideen werden vom Bevölkerungsestablishment aufgenommen, im Allgemeinen jedoch nur partiell und instrumentalistisch. Das eugenische Element von internationaler Bevölkerungspolitik wird in seiner Explizitheit durch den Fokus auf umfassende „reproduktive Gesundheit“ reduziert. Auf internationaler Ebene wird in Rio das Fest-schreiben einer Verbindung von weltweiter ökologischer Gefährdung und Bevölkerungsentwicklung in den Ländern des Südens noch verhindert, die internationale Bevölkerungslobby verknüpft ihre Aktivitäten dennoch zunehmend mit einem ökologischen Diskurs.

Abstracts

This paper provides an introduction to the theme of the journal as well as a summary of its content. In the first part a discursive perspective on international population policy is introduced and the structure of the "discursive arena of population policy" is discussed. The second section of the paper sketches the four different angles of discourse: the eugenic, the neo-Malthusian, the feminist and the ecological angle which are the themes of the other four articles in this journal. In the last part of the paper the interweaving of these different threads of discourse and the shaping of the main discourse directing population activities in the international arena during the 20th century are summarized.

Der Einleitungsartikel dient sowohl der Einführung in das Thema des Heftes als auch der Zusammenschau. Im ersten Teil des Beitrages wird kurz dargestellt, was es heißt, internationale Bevölkerungspolitik aus einer diskursanalytischen Perspektive zu betrachten, und wie das „Diskursfeld Bevölkerungspolitik“ grob strukturiert ist. Anschließend werden jene vier Diskursstränge umrissen, nämlich der eugenische, der entwicklungspolitische, der feministische und der ökologische Diskursstrang, auf deren historische Ausformungen in den anderen Artikeln im Detail eingegangen wird. Im letzten Teil des Beitrages wird schließlich gezeigt, auf welche Weise sich die Fäden der verschiedenen Diskursstränge im historischen Verlauf zu jenem diskursiven Mainstream verweben, der die Entwicklung der bevölkerungspolitischen Aktivitäten im Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts prägte.

Anmerkungen

- 1 In der Terminologie der Demographie bedeutet ein Sinken der Sterberaten, dass die Bevölkerung vorerst einmal steigt, da die Menschen eine gewisse Zeit brauchen, um zu realisieren, dass weniger Kinder bei sinkender Mortalität ebenfalls ihre langfristige Reproduktion sichern. Der demographische Übergang ist dann geschafft, wenn sich Geburten- und Sterberaten auf einem niedrigen Niveau wieder aneinander angepasst haben.
- 2 Der Titel wurde von Karin Kozuch (1999) übernommen.

Literatur

- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW). 2001a. Factsheet Weltbevölkerung – Entwicklung und Projektionen (<http://www.dsw-online.de/wbprojektionbg.html>), 12.01.2001).
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW). 2001b. Factsheet Weltbevölkerung – Reproduktive Gesundheit (<http://www.dsw-online.de/wbprojektionbg.html>), 12.01.2001).
- Foucault, Michel. 1973. Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: suhrkamp (6. Aufl. 1994).
- Heim, Susanne und Ulrike Schaz. 1996. *Berechnung und Beschreibung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte*. Berlin/Göttingen: Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Strasse.
- Hogson, Dennis und Susan Cotts Watkins. 1997. „Feminists and Neo-Malthusians: Past and Present Alliances.“ *Population and Development Review* 23, 3, 469–523.
- Keller, Rainer. 1998. „Zum methodischen Vorgehen bei der Diskursanalyse am Beispiel der Umweltpolitik.“ Vortrag für die Arbeitsstagung *Diskursanalysen und politische Lernen der Ad-hoc-Gruppe Politik und Kognition der DYPW* vom 30.10. bis 1.11.1998 in Hamburg. (<http://www.sozwiss.uni-hamburg.de/SozPolKog/keller.htm>), 30.11.2000).
- Kozuch, Karin. 1999. *Zwischen Gebärzwang und Zwangssterilisation. Die bevölkerungspolitische Debatte in der internationalen Frauenbewegung*. Münster: Unrast.
- Leisinger, Klaus. 2000. *Die sechste Milliarde. Weltbevölkerung und nachhaltige Entwicklung*. München: Beck (2. unv. Auflage).
- Merens, Heide. 1998. „Frauen und internationale Bevölkerungspolitik. Was heißt hier Selbstbestimmung?“ In: Rupert, Uta. Hg. *Lokal bewegen – global verhandeln: Internationale Politik und Geschlecht*. Frankfurt am Main/New York: Campus, 156–182.
- Pritchett, Lant H. 1994. „Desired fertility and the impact of population policies.“ *Population and Development Review* 20, 1, 1–55.
- Randzio-Plath, Christa. 1995. „Kinder – nicht Sicherheit, sondern Armut. Frauen und Bevölkerungsentwicklung.“ In: Christa Randzio-Plath und Sigrid Mangold-Wegner. Hg. *Frauen im Süden*. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, 77–86.
- Simon, Julian L. 1977. *The Economics of Population Growth*. Princeton: Princeton University Press.
- Smyth, Ines. 1998. „Gender analysis of family planning. Beyond the ‚feminist vs. population control debate‘.“ In: Cecile Jackson und Ruth Pearson. Hg. *Feminist Visions of Development. Gender Analysis and Policy*. London/New York: Routledge, 217–238.
- Schwab-Trapp, Michael (1999): *Diskurs als soziologisches Konzept – Skizzen zu einem soziologischen Diskursmodell am Beispiel der politischen Kultur*. Referat zum workshop *Perspektiven der Diskursanalyse* vom 11.–12. März 1999 in Augsburg. (<http://www.lrz-muenchen.de/~Diskursanalyse/schwab.html>); 30.11.2000).
- Spiller, Ingrid. 1994. „Objekt ‚Frau‘ in Familienplanungsprogrammen“. In: Christa Wichterich. Hg. *Menschen nach Maß: Bevölkerungspolitik in Nord und Süd*. Göttingen: Lamuv, 151–162.

Trallori, Lisbeth Nadja. 1990. *Vom Lieben und vom Töten. Zur Geschichte patriarchaler Fortpflanzungskontrolle*. Wien: Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik.
 Weikert, Aurelia. 1998. *Genormtes Leben. Bevölkerungspolitik und Eugenik*. Wien: Pro-media.
 Wichterich, Christa. 1994. „Menschen nach Maß – Bevölkerung anach Plan. Die Neue Weltordnung der Fortpflanzung.“ In: Christa Wichterich. Hg. *Menschen nach Maß: Bevölkerungspolitik in Nord und Süd*. Göttingen: Lamuv, 9–37.

Elisabeth Aufhauser, Institut für Geographie und Regionalforschung,
 Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien
 e-mail: elisabeth.aufhauser@univie.ac.at

Journal für Entwicklungspolitik XVII/1, 2001, S. 29–46

Aurelia Weikert

Zu viel oder zu wenig?

Alte Ideen vom „besseren“ Menschen und neue Reproduktionstechnologien

1. Einleitung

Zu viele Menschen oder zu wenig Nahrung? Zu viel für mich, zu wenig für dich! Zu viele sind immer dort, wo es zu wenig gibt! Zu viel sind meist die anderen! Zu viel war das Lumpenproletariat im englischen Frühkapitalismus; zu viel sind die Migrantinnen und Migranten aus Süd- und Osteuropa; zu viel sind Flüchtlinge aus Ländern, wo Krieg und Hunger herrschen; zu viel sind – nach wie vor – die Bewohnerinnen und Bewohner der Dritten Welt; und – zu viel sind die Pensionistinnen und Pensionisten.

Während in Ländern der Dritten Welt ein überproportionales Bevölkerungswachstum beklagt wird, bangt man in den reichen Ländern um die Pensionen. Zu viel gibt es immer dort, wo es zu wenig gibt: Zu wenig Nahrung, zu wenig Arbeitsplätze, zu wenig Geld etc.

Der Zusammenhang wird deutlich: Das Verhältnis ist entscheidend. Die Debatten von zu viel und von zu wenig weisen stets auf einen qualitativen Aspekt.

Die folgenden Ausführungen sollen mit Hilfe des historischen Hintergrunds einen Blick auf die modernen Reproduktionstechnologien werfen. Nicht die Techniken im Detail, sondern die ihnen zugrundeliegenden Ideen stehen im Vordergrund, denn das Denken und Handeln einer Gesellschaft ist sowohl Ergebnis als auch Voraussetzung einer technologischen Praxis.

2. Die Geschichte einer Idee

Begeben wir uns an das Ende des 18. Jahrhunderts. Für den englischen Geistlichen und Ökonomen Robert Malthus bedeutet das Gesetz der absoluten Übervölkerung, dass sich die Bevölkerung im Verhältnis zu den vorhandenen Ressourcen, den Nahrungsmitteln, zu stark vermehre (vgl. Malthus 1905). Das daraus entstehende Missverhältnis sei verantwortlich für Hunger und Elend. Malthus betont, kein Feind von Bevölkerungszunahme an sich, sondern lediglich ein Feind von Hunger und Elend zu sein. Die Macht eines Landes bemesse sich durchaus nach der Zahl der Bevölkerung und nicht nach der Ausdehnung des Gebietes, allerdings dürfe die Frage der Leistungsfähigkeit